

Aktueller Kommentar

Keine Entwarnung bei der Demografie

4. Mai 2015

Die neuen Bevölkerungsprojektionen des Statistischen Bundesamtes zeigen erneut die Herkulesaufgabe, die bei der Bewältigung des demografischen Wandels ansteht. Am Arbeitsmarkt droht die Schönwetterlage steigender Arbeitskräftezahlen schon im kommenden Jahrzehnt umzuschlagen, wenn die Zuwanderung ihr gegenwärtiges Zwischenhoch hinter sich lässt. Bei der Alterssicherung und der Pflege erfordern die steigende Lebenserwartung und die voraussichtliche Verdoppelung der Zahl Hochbetagter konsistente politische Antworten.

Die am 28. April vom Statistischen Bundesamt präsentierten neuen Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen einmal mehr die Brisanz des demografischen Wandels. Die Bevölkerung in Deutschland altert und schrumpft. Die gegenwärtig hohe Zuwanderung von netto rund einer halben Million Personen im vergangenen und wohl auch im laufenden Jahr ändert daran wenig. Die bevorzugte Annahme des Bundesamtes, dass es sich dabei lediglich um ein Zwischenhoch handelt, ist plausibel. Die Zuwanderung aus den südeuropäischen Ländern ist bereits rückläufig. Mit weiterer Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage dort dürfte sie allmählich versiegen. Auf anhaltende hohe Zuzüge aus Mittelosteuropa sollte man ebenfalls nicht bauen. Dagegen spricht alleine schon die dort ebenfalls ungünstige Demografie. Selbst wenn die Zuwanderung in den kommenden Jahren nur auf den langfristigen Durchschnitt von 200.000 p.a. zurückfällt und nicht weiter auf 100.000 pro Jahr abrutscht, wie in der vergangenen Dekade, wird die Bevölkerungszahl vom Beginn der 2020er Jahre an schrumpfen.

Der Bevölkerungsrückgang ist in der Altersstruktur und der niedrigen Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau angelegt. Die Geburtenrate hat dieses Niveau seit mehr als vier Jahrzehnten und trotz massiver Investitionen in die Familienpolitik nicht nennenswert überschritten. Für eine Trendwende fehlen die Anhaltspunkte. So nimmt das Amt im günstigeren der beiden diesbezüglichen Hauptszenarien auch nur einen Anstieg auf 1,6 an. Selbst bei einer solchen erhöhten Geburtenrate und der Annahme einer langfristigen Netto-Zuwanderung von 200.000 schrumpft die Bevölkerung bis 2060 um über 5%, von heute 81,1 Millionen auf 76,9 Millionen. Dabei ist zudem ein moderater Anstieg der Lebenserwartung unterstellt. Bleibt die Geburtenneigung unverändert und fällt die Zuwanderung auf 100.000 p.a., leben 2060 nur noch 67,6 Millionen Menschen in Deutschland – 17% weniger als heute.

Noch deutlich stärker schrumpft das Arbeitskräftepotenzial. In der unteren Variante nimmt die Zahl der 20- bis 64-Jährigen schon im nächsten Jahrzehnt um 11% ab und bis 2060 sogar um insgesamt 30%. Unter der günstigeren Annahme doppelt so hoher Netto-Zuwanderung von 200.000 p.a. stehen (bei unveränderter Geburtenrate) 2060 gleichwohl nur 38 Millionen potenzielle Arbeitskräfte zur Verfügung. Das sind 11 Millionen bzw. 23% weniger als heute. Und auch bei diesem Szenarium zeigt sich bereits im kommenden Jahrzehnt ein deutliches Minus von 4,4 Millionen bzw. 9%.

Besondere Aufmerksamkeit verdient ein anderer Aspekt der aktuellen amtlichen Projektionen. Sie verdeutlichen, wie gut der Rückgang des Arbeitskräftepotenzials zumindest mittelfristig durch späteren Renteneintritt gebremst werden kann. Definiert man das Erwerbsspersonenpotenzial mit einer um 2 Jahre auf 67 erhöhten oberen Grenze, ist der Kreis potenzieller Arbeitskräfte sowohl 2030 als auch 2060 in beiden hier referierten Wanderungsszenarien um jeweils rd. 2 Millionen größer als bei unveränderter Grenze von 65.

Daraus folgt im Umkehrschluss: Abweichungen vom Pfad der Rente mit 67 und dem damit initiierten Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters sind kontraproduktiv. Das gilt vor allem für die zum 1. Juli 2014 eingeführte Rente mit 63. Allein bis Ende März 2015 stellten fast 280.000 Arbeitnehmer einen Antrag auf die neue Rente für besonders langjährig Versicherte und damit auf vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Das schadet dem Arbeitsmarkt umso mehr, als überdurchschnittlich viele Fachkräfte die Voraussetzungen für den vorzeitigen Bezug einer abschlagsfreien Rente erfüllen. Dabei herrscht bei Schlüsselqualifikationen wie Ingenieuren schon heute Fachkräftemangel. Und auch der Mindestlohn widerspricht den Erfordernissen der Demografie. Er

vernichtet ersten Erfahrungen zufolge u.a. Minijobs, wie sie gerade auch viele ältere Menschen ausüben. Zudem passt er nicht zur wachsenden Zahl weniger gut qualifizierter Zuwanderer etwa aus Osteuropa oder Asylsuchender.

Angesichts solcher politischer Fehltritte ist es umso wichtiger, das Arbeitskräfteangebot auf andere Weise zu stabilisieren. Es gilt vor allem, die Anreize für Ältere für einen späteren Ausstieg aus dem Berufsleben und auch für Erwerbstätigkeit neben der Rente zu stärken, die Rahmenbedingungen für mehr Vollzeitarbeit von Frauen weiter zu verbessern und die Attraktivität Deutschlands für qualifizierte Zuwanderer von außerhalb Europas zu steigern. Und es geht natürlich auch um die Sicherung der Produktivität. Dafür bedarf es möglichst guter Qualifikation der rückläufigen Zahl junger Menschen und der Bereitschaft der Älteren zu lebenslangem Lernen, um hier nur zwei wesentliche Punkte zu nennen. Keine Frage. All diese Aufgaben sind bekannt und teilweise auch bereits von der Politik adressiert worden. Dafür stehen etwa die Liberalisierung der Zuwanderungsregeln oder Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichwohl sollten die neuen Daten aus Wiesbaden als Mahnruf für fortgesetzte Anstrengungen und konsistentes politisches Handeln verstanden werden. Gerade in der alternden Gesellschaft ist die Sicherung der Flexibilität des Arbeitsmarktes und der Qualifikation der Arbeitskräfte eine Dauerbaustelle.

Nur relativ wenig beeinflusst der aktuelle Zuwanderungsboom das Altern der Bevölkerung. Statt von derzeit 35 auf 65 bis zum Jahr 2060 steigt der Altenquotient auf 61, wenn die Statistiker (bei unveränderter niedriger Geburtenneigung) in ihren Projektionen statt schwächerer höhere Zuwanderung (200.000 p.a.) unterstellen. Stärker wirken unterschiedliche Annahmen über den Anstieg der Lebenserwartung auf den errechneten Anteil der über 65-Jährigen bezogen auf die 20- bis 64-Jährigen. So beträgt der Altenquotient bei moderat steigender Lebenserwartung (und schwächerer Zuwanderung) 2060 nur 58. Hingegen verdoppelt er sich auf über 69, wenn die Lebenserwartung weiterhin dem Trend der vergangenen 40 Jahre folgt.

Dank des medizinischen Fortschritts etwa bei der Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und gesünderer Lebensweise steigt seit Jahren vor allem die (fernere) Lebenserwartung im Rentenalter. So nimmt das Amt an, dass 65-jährige Männer und Frauen 2060 mindestens noch 22 bzw. 25 Jahre leben werden. Das sind 4,5 bzw. 4,3 Jahre mehr als heute. Im Szenarium stärker steigender Lebenserwartung beträgt das Plus sogar 6 bzw. 5,8 Jahre. Das schlägt sich v.a. auch in einem markanten Anstieg der Zahl der 80-Jährigen nieder. Sie verdoppelt sich bis 2060 in allen präsentierten Szenarien von heute 4,4 Millionen auf rd. 9 Millionen. Bei stärkerer Zuwanderung und stärker zunehmender Lebenserwartung ergibt sich um die Jahrhundertmitte sogar ein Wert von 10,8 Millionen.

Mit Blick auf die Herkulesaufgaben bei der Alterssicherung und der Pflege geben die Projektionen also ebenfalls keinerlei Anlass für Entwarnung. Auch hier gilt: Die Politik hat v.a. im vergangenen Jahrzehnt bereits wichtige Weichen richtig gestellt. Stichworte heißen Rente mit 67 sowie Förderung der individuellen und der betrieblichen Altersversorgung durch Riester-Rente, Basis-Rente und Entgeltumwandlung. Aber auch hier erfordern die Umstände weitere Schritte. So wären für eine weitere Verbreitung betrieblicher Rentenpläne insbesondere auch bei mittleren und kleineren Unternehmen neue Impulse etwa durch (steuerrechtlich) verbesserte Dotierungsmöglichkeiten hilfreich. Und besonders bei der Vorbereitung auf die weitgehend parallel zu den Hochbetagten steigende Zahl an Pflegebedürftigen besteht seitens der Politik und der Bürger noch viel Handlungsbedarf – bei der finanziellen Vorsorge und hinsichtlich der Sicherung des Pflegekräfteangebots.

Alles in allem mag die neueste, die 13. Bevölkerungsprojektion des Statistischen Bundesamtes keine spektakulären Ergebnisse liefern. Sie kommt aber zur richtigen Zeit. In einer Phase, in der die deutsche Wirtschaft wieder besser Tritt fast und viele Auguren ihre Konjunkturprognosen angehoben haben, kann es nur nützlich sein, wenn hier ein Kontrapunkt gesetzt wird. Die Berechnungen aus Wiesbaden erinnern daran, dass sich in Deutschland noch einiges ändern muss, wenn wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand auch in den kommenden Jahrzehnten erhalten bleiben oder gar weiter zunehmen sollen.



Autor: Dieter Bräuninger (+49) 69 910-31708

mehr zum Research-Bereich **Wirtschafts- und Europapolitik**

[Aktuelle Kommentare - Archiv](#)

© Copyright 2015. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verfügt und unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) steht. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Filiale London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die von der UK Prudential Regulation Authority (PRA) zugelassen wurde und der eingeschränkten Aufsicht der Financial Conduct Authority (FCA) (unter der Nummer 150018) sowie der PRA unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.